



Stadt Kamen

Der Bürgermeister

Vorlage

Nr. 251/2001

Fachbereich Jugend und Soziales

öffentlich

nichtöffentlich

Mitteilungsvorlage

TOP-Nr.	Beratungsfolge
	Familien- und Sozialausschuss

Bezeichnung des TOP

Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen hinsichtlich der Reduzierung der Sozialhilfekosten
hier: Zielvereinbarung 2002

Fachbereichsleiter/in	Dezernent	Bürgermeister	Datum

Durch Beschluss des Rates der Stadt Kamen vom 10.12.1998 (Vorlagen-Nr. 388/1998) wurde erstmals eine Zielvereinbarung, beginnend mit dem Jahr 1999, abgeschlossen. Über die Ergebnisse der Zielvereinbarung für das Jahr **1999** wurde im Familienausschuss am 26.09.2000 (Vorlagen-Nr. 183/2000) berichtet. Über die Ergebnisse der Zielvereinbarung **2000** wurde im Familienausschuss am 05.04.2001 berichtet (Vorlagen-Nr. 66/2001). Gleichzeitig wurden die Änderungen der Zielvereinbarung 2001 vorgestellt.

Die in der Anlage im Entwurf beigefügte Zielvereinbarung für das Jahr 2002 enthält folgende wesentliche Änderungen:

Unter 3 b wird für bestimmte Fälle (prekäre Lebenssituationen, hohes mittel- oder langfristiges Verbleibrisiko in der Sozialhilfe) in absehbarer Zukunft die Hilfeplanung und das Fallmanagement eingeführt. Die Stadt Kamen erklärt sich in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung bereit.

Unter 3 l wird zwischen den Vertragspartnern der Einsatz einheitlicher Software ab dem Haushaltsjahr 2004 angestrebt.
Der Kreis Unna verpflichtet sich, die Kosten für die kreisweit genutzte einheitliche Software zunächst auf unbeschränkte Zeit aus Kreismitteln zu finanzieren und stellt eine Beteiligung an notwendiger Hardware-Ausstattung in Aussicht.

Unter 3 o wird vereinbart, dass sich die Arbeitsgruppe Unterhalt mindestens 2 x jährlich trifft.

Unter 5 c wird die Verminderung der Prämienzahlung für die Vermittlung von Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern auf Regelarbeitsplätze von bisher 211.000,00 DM auf 50.000,00 Euro vorgeschlagen.

Unter 5 f wird die Auszahlung der Prämien an die Bedingung geknüpft, dass die Kommune Auswertungsdaten für die Fälle der Hilfe zur Arbeit geliefert hat.

Aus Sicht der Verwaltung können diese Änderungen in die Zielvereinbarung 2002 aufgenommen werden.